28

CSP
Stiftung
Christlich-Soziale
Politik e.V.

Das Aufstiegsversprechen erneuern

Kai Whittaker, MdB

Königswinterer Notizen

28

Das Aufstiegsversprechen erneuern

Kai Whittaker, MdB

Königswinterer Notizen

Impressum

Königswinterer Notizen, Nr. 28, August 2019
Herausgeber: Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V., (CSP)
Karl Schiewerling, Vorsitzender
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
Redaktion: Karsten Matthis
Lektorat: Julia Beier
Tel. 02223-73119; E-Mail info@azk.de
Internet: www.azk.de
Produktion: TiPP 4, Rheinbach
Die Ausgaben der Königswinterer Notizen erscheinen
in unregelmäßigen Abständen.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundesrepublik Deutschland versteht sich nach Artikel 20 GG als sozialer Rechts- und Bundesstadt. Der Bund und die Länder sind dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet. Dieser Sozialstaatsgedanke geht auf die Arbeiter- und Revolutionsbewegungen des 19. Jahrhunderts und kirchlicher Lehrschreiben wie der Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ von 1891 zurück.

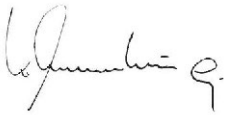
In der Weimarer Republik konnte aufgrund er hohen Verschuldung des Deutschen Reiches als Folge des 1. Weltkriegs und der weitweiten Wirtschaftskrisen das Wohlstandsversprechen nicht eingelöst werden. Nach dem 2. Weltkrieg gelang es durch das Model der Sozialen Marktwirtschaft, das auf Ludwig Ehrhard und Alfred Müller-Armack zurückging, ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Die Klassengesellschaft der Kaiserzeit, welche die Weimarer Republik überdauerte, konnte überwunden werden, weil ein sozialer Aufstieg für Arbeitnehmer möglich wurde. Die sozialen Sicherheitssysteme in der Bundesrepublik Deutschland schufen die Grundlage, Lebensrisiken abzusichern und Menschen in sozialen Notlagen zu helfen.

Der Kollege Kai Whittacker MdB sorgt sich in seinem Aufsatz: „Das Aufstiegsversprechen erneuern“ um das Wohlstandsversprechen bzw. den Anspruch eines sozialen Rechtsstaates heute. Fachkundig und sensibel beschreibt Kai Whittacker wie sich Einkommensverhältnisse in Deutschland verändern, insbesondere dann, wenn Menschen im Mindestlohnbereich arbeiten. Er skizziert die Folgen, wenn Kinder aus Migrantenfamilien später als andere Kinder in die Kindertagesstätten kommen und dann mühsam den Rückstand beim Erlernen der deutschen Sprache wettmachen müssen. Die Notwendigkeit die berufliche Weiterbildung angesichts der zunehmenden Digitalisierung zu intensivieren, hebt er nachdrücklich hervor. Berufliche Weiterbildung wird künftig immer mehr ein Schlüssel für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand werden.

Ohne Erneuerung des Wohlstandversprechens, so die These von Kai Whittacker, ist der soziale Friede in Deutschland in Gefahr. Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft und in die Sicherungssysteme muss nachhaltig, gerade in der jungen Generation, gestärkt werden. So hat die Politik viel Vertrauens- und Überzeugungsarbeit zu leisten.

Ich danke Kai Wittacker MdB herzlich für seinen Beitrag in der Reihe der Königswinterer Notizen und wünsche allen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre.

Mit kollegialen Grüßen aus Königswinter



Karl Schiewerling
Vorsitzender der Stiftung CSP

Das Aufstiegsversprechen erneuern

Einleitung

Mit seinem Buch „Wohlstand für Alle“ (1957) formulierte Ludwig Erhard seine Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft. Gleichzeitig ist der Titel seines Buchs ein Versprechen an alle Menschen in Deutschland: Wohlstand und sozialer Aufstieg ist für jeden möglich. Dieses Versprechen hat Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister unter dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer gehalten. Über Jahrzehnte hinweg haben die Unionsparteien daraus ihre konkrete Politik abgeleitet. Heutzutage zweifeln immer mehr Menschen daran, ob Wohlstand für alle noch möglich ist. Laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach sind Haushalte mit geringem Einkommen davon nur mäßig überzeugt (33 Prozent).[1] Dieser Befund ist besorgniserregend, da gerade die Situation von einkommensschwächeren Menschen ein Gradmesser für den aktuellen Zustand des Aufstiegsversprechens darstellt. Es ist von zentraler Bedeutung, dass die Unionsparteien eine konkrete Antwort auf diese Herausforderung finden, die viele Menschen hierzulande beschäftigt.

Der folgende Beitrag möchte dem Zustand des Aufstiegsversprechens in Deutschland auf den Grund gehen. Zu diesem Zweck wird die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den vergangenen Jahrzehnten analysiert. Der Beitrag beschränkt sich jedoch nicht auf eine Analyse, sondern schlägt Maßnahmen zu einer Erneuerung des Aufstiegsversprechens vor.

Politische Debatte über ökonomische Ungleichheit

Die politische Debatte über Ungleichheit hat in den letzten Jahren an Fahrt aufgenommen. Dazu beigetragen hat unter anderem das Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ des französischen Ökonomen Thomas Piketty. Zahlreiche Regierungen beschäftigen sich seitdem deutlich intensiver mit den Ur-

1 Vgl. Köcher 2018 S.13.

sachen und Konsequenzen wachsender Ungleichheit. Es wird dabei deutlich, dass ökonomische Ungleichheit nicht nur eine abstrakte wirtschaftliche Größe ist, sondern sich auch auf die Zufriedenheit der Menschen auswirkt. Im Jahr 2016 fand die Studie „Top Incomes and Human Well-Being Around the World" heraus, dass es einen Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Lebenszufriedenheit gibt. Zum einen seien Menschen unzufriedener, wenn sich das Einkommen in den Händen Einzelner konzentriert. Zum anderen würden Menschen bei steigender Einkommensungleichheit mehr negative Erfahrungen im Alltag machen.

Wichtig ist jedoch, dass Ungleichheit nicht zu einem subjektiven Phänomen heruntergespielt werden darf. Es geht nämlich nicht um eine gefühlte Ungerechtigkeit, sondern um konkrete wirtschaftliche Realitäten. Die Ungleichheitsfrage wird auch deshalb in der Gesellschaft zusehends als eine Leistungs- und Aufstiegsfrage. Beide Fragen sind untrennbar mit der Union und ihrer Erfolgsgeschichte verbunden.

Leistungsfrage: Wenn Menschen konkret erleben, dass eine lebenslange Vollzeittätigkeit nicht mehr für ein gutes Leben und eine auskömmliche Rente ausreicht, kann die Leistungsfrage nicht für alle positiv beantwortet werden.

Aufstiegsfrage: Es kommt nicht darauf an, wo man herkommt, sondern wo man hin will. Dieser Satz steht sinnbildlich für das Aufstiegsverständnis der Union. Leider hat sich die soziale Mobilität in Deutschland wenig verbessert. Dies stellt auch das Aufstiegsversprechen in Frage.

Die politische Debatte wird dem Thema Ungleichheit und den damit verbundenen Fragen leider oft nicht gerecht. Sie wird häufig ideologisch geführt und mündet in keine konkreten Maßnahmen. Die beiden ideologischen Seiten lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die eine Seite verteufelt jede Form der ökonomischen Ungleichheit und setzt auf reine sowie leistungsfeindliche Umverteilung. Die andere Seite verneint die Tatsache, dass Ungleichheit überhaupt ein Problem sein könnte. In diesen ideologischen Schützengräben befindet sich die Debatte in Deutschland bisweilen auch. Um diesen Umstand zu ändern, bedarf es einer Versachlichung der Debatte und einer besseren inhaltlichen Auseinandersetzung. Entscheidend ist jedoch, dass am Ende des Tages wirkungsvolle politische Reformen umgesetzt werden.

Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung

Seit den 1980er Jahren lässt sich ein Trend in Richtung einer wachsenden Einkommensungleichheit in allen Industrienationen beobachten.

Die Entwicklung in Deutschland kann in vier Phasen untergliedert werden.

1. In Deutschland lässt sich ein kaum spürbarer Anstieg der Lohnungleichheit Anfang der 1990er Jahre feststellen. Während die Ungleichheit in Ostdeutschland leicht anstieg, blieb sie im Westen des Landes relativ stabil. Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern wie Großbritannien oder den USA war der Anstieg der Ungleichheit bis Ende der 1990er Jahre moderat.
2. Während der Zeit der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1999 und 2005 stieg die Einkommensungleichheit in Deutschland sprunghaft an. Diese Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine rasante Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Während andere Länder in Europa zu dieser Zeit einen unvergleichbaren Wirtschaftsaufschwung erlebten, wurde Deutschland als "kranker Mann Europas" bezeichnet.
3. Die Trendwende lässt sich rund um das Jahr 2005 zurückverfolgen. Danach erholte sich der Arbeitsmarkt spürbar und die Ungleichheit sank leicht bis 2009.[2]
4. Seit 2010 entwickeln sich die Einkommen in Deutschland wieder weiter auseinander. Ein Treiber dieser Entwicklung ist der Anstieg der Migration.

Fakt ist, dass nahezu alle Einkommensgruppen ihr verfügbares Einkommen zwischen 1991 und 2016 steigern konnten. Jedoch erhöhten sich die Einkommen der Besserverdiener wesentlich stärker – im Schnitt um 35 Prozent.[3] Gerade im unteren Einkommensbereich ist die Lage kritisch. Dort lässt sich beobachten, dass für bestimmte Personengruppen eine Erwerbstätigkeit keinen angemessenen Schutz vor Armut mehr bietet.

---

2 Vgl. Grabka et al. 2019 S. 349.
3 Vgl. Grabka et al. 2019 S. 345.

Bei der Frage der Vermögensverteilung sieht die Lage leider nicht besser aus. Es lässt sich zwar ein deutlicher Anstieg von Privatvermögen in Deutschland beobachten.[4] Im europäischen Vergleich ist das durchschnittliche Haushaltsvermögen in Höhe von 61.000 Euro jedoch eher gering.[5] Dies lässt sich auch durch hohe Sozialabgaben und damit einen hohen Sozialversicherungsschutz für die Bürger erklären. Darüber hinaus besitzt die Hälfte der Deutschen kein relevantes Vermögen, um daraus zusätzliches Einkommen zu generieren.[6] Dies bedeutet, dass manche Gruppen überdurchschnittlich von der Vermögensentwicklung profitieren und andere überhaupt nicht. Im Vergleich zu anderen Ländern befindet sich Deutschland in dieser Kategorie leider auf einem Spitzenplatz.

Mögliche Ursachen für steigende Ungleichheit

Die Ursachen für eine sich ändernde Vermögensverteilung sind sehr unterschiedlich. Hierbei spielen neben nationalen Faktoren (Arbeitslosigkeit, Steuersystem etc.) unter anderem der technologische Fortschritt sowie die Globalisierung eine wichtige Rolle.
Vor diesem Hintergrund werden folgende Aspekte in Kürze beschrieben:

1. Steuerliche Belastung und Sozialabgaben auf Löhne
2. Haushaltsstruktur
3. Umverteilungswirkungen
4. Entwicklung Lohn- und Kapitalertragsquote
5. Soziale Mobilität
6. Technologischer Fortschritt

1. Steuerliche Belastung und Sozialabgaben auf Löhne

Die Steuer- und Abgabenlast in Deutschland ist im Vergleich zu anderen OECD-Ländern sehr hoch. Verantwortlich dafür ist laut einer Studie des

4 Vgl. Brinkmann, Bönke 2017 S. 14.
5 Vgl. Brinkmann, Bönke 2017 S. 14.
6 Vgl. Brinkmann, Bönke 2017 S. 14.

Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) das Zusammenspiel unterschiedlicher Elemente des Steuer-, Abgaben- und Transfersystems.[7]

Ein Beispiel hierfür sind die Zuverdienstregelungen im Hartz-IV-System. Sie bevorzugen Kleinstjobs bis 100 Euro. Darüber hinaus ist es aufgrund hoher Transferentzugsraten von 80-100 Prozent selten lohnenswert hinzuzuverdienen. Bei einer Ausweitung des Arbeitsvolumens (z. B. in Teil- oder Vollzeit) sinken die Anreize kontinuierlich. Diese Regelungen schaffen hohe Arbeitsanreize für geringfügige Beschäftigung, die einen Verbleib in Hartz IV begünstigen. Für bestimmte Personenkreise ist die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder die Ausweitung des Arbeitsvolumens besonders unattraktiv. Hierzu gehört insbesondere die Gruppe der Alleinerziehenden.

2. Haushaltsstruktur

Bei der Analyse der Einkommensungleichheit in Deutschland wird ein Aspekt des Öfteren unterschätzt, die Entwicklung der Haushaltsgrößen im Zeitverlauf. Aufgrund des demographischen Wandels nimmt die durchschnittliche Haushaltsgröße seit Jahren ab.[8] Dies hat seit 1991 zu einer wachsenden Spreizung der Einkommen geführt.[9] Nach Steuern und Transfers war die Veränderung der Haushaltsgrößen für 20 Prozent des Anstiegs der Ungleichheit von Einkommen verantwortlich.[10]

3. Umverteilungswirkungen

Mit Hilfe von Steuern und Transfers sollen wachsende ungleiche Markteinkommen ausgeglichen werden. In Deutschland führt dies dazu, dass die Nettoeinkommen gleichmäßiger verteilt sind als die Markteinkommen.[11] Das Sozialversicherungssystem verringert die Einkommensungleichheit um

---

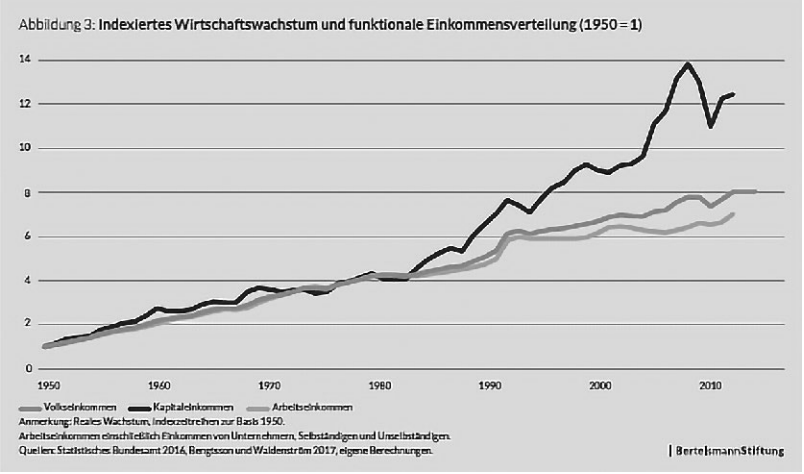
7 Vgl. Buhlmann et al. 2017 S.4.
8 Vgl. Peichl et al. 2011 S. 337.
9 Vgl. Peichl et al. 2011 S. 337.
10 Vgl. Peichl et al. 2011 S. 337.
11 Vgl. Bach et al. 2015 S.147.

fast die Hälfte.[12] Trotzdem zeigt Evidenz, dass die Umverteilungsleistungen des Staates seit den 1990er Jahren abgenommen haben.[13] Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass eine Umlagerung von Einkommensteuern auf indirekte Steuern stattfand.[14]

4. Entwicklung Lohn- und Kapitalertragsquote

Bis Mitte der 1980er Jahre sind Kapital- und Arbeitseinkommen im Gleichklang gewachsen. Seitdem kommt das Wirtschaftswachstum überproportional den Eigentürmern von Kapital zu Gute.[15] Die unten dargestellte Grafik zeigt diesen Trend eindeutig. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich daran in naher Zukunft etwas ändert. Tendenziell wird die Wichtigkeit von Kapitaleinkommen durch die fortschreitende Digitalisierung eher zunehmen.

Grafik 1:



Quelle: Brinkmann, Bönke 2017.

12 Vgl. Bach et al. 2015 S.147.
13 Vgl. Bach et al. 2016 S. 1215.
14 Vgl. Bach et al. 2016 S. 1215.
15 Vgl. Brinkmann, Bönke 2017 S. 12.

5. Soziale Mobilität

Soziale Mobilität hat unterschiedliche Dimensionen, die einen Einfluss auf die Einkommensverteilung haben können. Generell ist die Einkommensmobilität in Deutschland eher gering. Zwei Drittel der Personen steigen nur höchstens eine Einkommensklasse auf oder bleiben auf dem gleichen Niveau.[16] Die intergenerative Einkommenselastizität liegt in Deutschland bei 0,32 – mit einer Wahrscheinlichkeit von 32 Prozent wird der Sohn den gleichen Lohn haben wie der Vater.[17] Diese Zahlen zeigen, dass es hierzulande im Hinblick auf soziale Mobilität noch großes Potential gibt. Fakt ist nämlich, dass sich in Puncto Chancengleichheit relativ wenig in Deutschland seit der Wiedervereinigung getan hat.[18] Vor allem im Bildungsbereich wird dieser Umstand immer wieder von Seiten der OECD angemahnt. Aufstieg durch Bildung ist jedoch eine Voraussetzung für spätere Einkommensmobilität. Die gezielte Förderung in den ersten Jahren ist hierbei von zentraler Bedeutung.

Technologischer Fortschritt

Der technologische Fortschritt ist schon über einen längeren Zeitraum hinweg ein Treiber von Einkommens- und Vermögensungleichheit. Auf der einen Seite hat er mittels Produktivitätsgewinnen zu enormen Wirtschaftswachstum beigetragen. Auf der anderen Seite gingen zahlreiche Arbeitsplätze durch diese Entwicklung verloren. Vor allem geringer qualifizierte Arbeitnehmer haben die damit verbundenen Auswirkungen zu spüren bekommen.

---

16 Vgl. BMF 2017 S.27.
17 Vgl. BMF 2017 S.31.
18 Vgl. BMF 2017 S.27.

Wie das Aufstiegsversprechen erneuert werden kann

Die Erneuerung des Aufstiegsversprechens ist eine Antwort auf die sich verändernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Ziel dieser Erneuerung muss sein, das Versprechen „Wohlstand für Alle“ in das 21. Jahrhundert zu übertragen. Dafür ist ein themenübergreifender Politikansatz notwendig, der den verschiedenen Dimensionen des Aufstiegsversprechens gerecht wird. Es ist nämlich nicht nur eine Herausforderung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, sondern auch der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik. Folgende Maßnahmen sollen dazu beitragen, diese Herausforderung wirksam anzugehen.

Aufstieg beginnt in der Kita

Das Aufstiegsversprechen beginnt nicht mit dem ersten Job, sondern schon in der Kita. Dort werden die Grundlagen für soziale Mobilität und Chancengleichheit gelegt. Fakt ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufig zu spät in die Kita kommen und dadurch erst später Deutsch lernen. Dieser Umstand ist besorgniserregend, da der Erfolg von Kindern in der Schule später auch davon abhängt, wie gut sie Deutsch sprechen können. Dabei wird klar, dass die Kita nicht nur ein Ort der Kinderbetreuung ist, sondern konkret Wissen vermittelt. Der Staat muss diesen Bildungsauftrag wahrnehmen und aktiv werden.

Um die aktuelle Situation zu verbessern, bedarf es flächendeckender qualitativer Angebote, die zeitliche Flexibilität enthalten. Zu diesem Zweck muss es pro Kommune mindestens eine Kita geben, die von 8 bis 20 Uhr geöffnet hat. Vor allem für Alleinerziehende sind solche Angebote unverzichtbar. Zum anderen sollte eine Kita-Pflicht für Kinder ab drei Jahren eingeführt werden. Nur auf diesem Wege kann gewährleistet werden, dass jene Kinder Unterstützung bekommen, die es am meisten benötigen. Außerdem ist darauf hinzuwirken, dass vor allem Kindern aus einkommensschwachen Familien ein einfacher Kita-Zugang ermöglicht wird.

Bildungsoffensive in Großstädten starten

Seit Jahren erhöhen sich die Bildungsausgaben in Deutschland. Die Auswirkungen auf die Aufstiegschancen von Kindern mit Migrationshintergrund sowie Kindern aus ärmeres Haushalten sind jedoch eher überschaubar. Dies ist unter anderem auf eine mangelnde gezielte Förderung zurückzuführen. Mehr Geld im System löst nicht automatisch Probleme. Es ist zu beobachten, dass es an vielen Orten an der sozialen Durchmischung fehlt. Dadurch ballen sich vor allem in Großstädten immer mehr sogenannte Brennpunktschulen. Diese Schulen sind mit den dortigen Herausforderungen oft überfordert. Um den dortigen Problemlagen gerecht zu werden, braucht es nämlich mehr als gute Lehrer. Von zentraler Bedeutung sind flankierende Unterstützungsangebote wie zum Beispiel eine dauerhafte sozialpädagogische Begleitung. Außerdem werden vielerorts Sozialarbeiter benötigt, die sich unter anderem mit dem sozialen sowie familiären Umfeld auseinandersetzen. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen braucht es vor allem in Großstädten und Ballungsgebieten einen "Länderplan Bildung" analog dem Bundesverkehrswegeplan mit konkreten Maßnahmen. Jedes Bundesland muss alle fünf Jahre einen solchen Masterplan aufstellen und innerhalb dieses Zeitraums umsetzen.

Weiterbildung stärken

In einer digitalen Arbeitswelt spielt Weiterbildung eine zentrale Rolle. Viele Arbeitnehmer werden sich angesichts des technologischen Wandels mit der Herausforderung des "Upskilling" konfrontiert sehen. Entweder sie bilden sich weiter oder sie verlieren ihre Position. Deshalb wird Weiterbildung ein zentraler Faktor für sozialen Aufstieg werden. Sicher ist hierbei nur eines: Diejenigen, die sich nicht weiterbilden, werden den Anschluss verlieren. Diese Veränderungsprozesse gab es zum Teil auch schon in der Vergangenheit. Die Geschwindigkeit dieser Prozesse ist jedoch von einer neuen Qualität. Auch deshalb bedarf es einer Unterstützung der Politik im Bereich der Weiterbildung. Es geht zum einen darum, jene Gruppen zu unterstützen, die einen besonders hohen Weiterbildungsbedarf haben und/oder nur über geringe Einkommen verfügen. Diese Gruppen bilden sich zurzeit am wenigsten weiter, obwohl sie es am dringendsten benötigen würden. Zum an-

deren ist es wichtig, die Förderinstrumente im Bereich der Weiterbildung zu optimieren und weiterzuentwickeln. Hierzu gehört eine Verbesserung der Weiterbildungsfinanzierung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Darüber hinaus ist es von zentraler Bedeutung, dass digitale Chancen bei der Weiterbildung genutzt werden. Es geht darum, Bürgerinnen und Bürgern einen erleichterten, niedrigschwelligen und breitgefächerten Zugang zu Weiterbildungsangeboten zu ermöglichen. Der Arbeitskreis „Zukunft der Arbeit" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verfolgt mit dem Konzept MILLA einen solchen Ansatz.

MILLA ist eine interaktive digitale Lernplattform, auf der Arbeitnehmer Weiterbildungsangebote vorfinden, vergleichen und online belegen können. Diese Plattform soll die bisherigen Anstrengungen von Betrieben unterstützen beziehungsweise ergänzen.

Ein weiterer Fortschritt im Bereich der Weiterbildung wäre, digitale Aus- und Weiterbildungsschulen ins Leben zu rufen. Sie sollen in der beruflichen Aus- und Weiterbildung für die digitalen Kompetenzen in den Lehrinhalten verantwortlich sein.

Renten an Vermögensentwicklung beteiligen

Ein Aufstiegsversprechen ist nur glaubhaft, wenn es auch eine auskömmliche Rente absichert. Immer mehr Menschen erleben jedoch, dass sie trotz jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit oft nicht viel mehr bekommen als jemand, der fast überhaupt nicht gearbeitet hat. Dieser Umstand erweckt den Eindruck, dass das System der Altersvorsorge in Teilen nicht fair ist. Außerdem konterkariert es das Zielbild der Union bei der Rente: Schutz vor Armut und Belohnung von Leistung. Um dieses Zielbild zu erfüllen, bedarf es Änderungen im System der Altersvorsorge. Der Anspruch der Union muss jedoch darüber hinausgehen. Ein zentraler Baustein ist die Beteiligung an der Vermögensentwicklung. Auf diesem Wege können Menschen zu Eigentürmern werden.

Ein zentrales Element hierfür ist die Einführung einer verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge. Damit können Menschen an der Vermögensentwicklung teilhaben und Einkommen aus Arbeit sowie Vermögen beziehen. In anderen Ländern wie zum Beispiel Dänemark oder Schweden

ist dies der Fall. Ziel einer solchen Maßnahme ist es, die Altersvorsorge auf eine breite Basis zu stellen und eine auskömmliche Rente zu sichern.

Von der Einführung einer verpflichtenden kapitelgedeckten Altersvorsorge würden unter anderem Geringverdiener profitieren. Fakt ist nämlich, dass in Deutschland nur zwei Drittel der Arbeitnehmer eine betriebliche Altersvorsorge haben. Geringverdiener sind hier – sowie auch bei der privaten Vorsorge – deutlich unterrepräsentiert.

Kapitaleinkommen besser berücksichtigen

Die Politik muss auf die wachsende Bedeutung von Kapitaleinkommen reagieren. Zu diesem Zweck sollte daraufhin gewirkt werden, dass Kapital- und Lohnerträge einheitlich zu belasten sind. Damit kann ein Auseinanderklaffen von Einkommen aus Kapital und Löhnen zumindest gedämpft werden. Außerdem wirkt es einer Entwertung von Einkommen aus Löhnen entgegen.

Mitarbeiterkapitalbeteiligung unterstützen

Die Union hat eine stärkere Verbreitung von Modellen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung schon häufiger auf die politische Agenda gebracht. Das Regierungsprogramm der CDU für die Bundestagswahl 2017 enthielt dazu diese Formulierung:

„Wir wollen, dass Arbeitnehmer am Erfolg ihres Unternehmens besser teilhaben können. Dazu werden wir die Rahmenbedingungen zur Mitarbeiterbeteiligung attraktiver gestalten."

Das Thema hat mit folgender Formulierung auch Einzug in den Koalitionsvertrag gefunden: „Wir werden neue Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung prüfen." Die Idee der Mitarbeiterkapitalbeteiligung ist, dass Arbeitnehmer am Erfolg der Unternehmen beteiligt werden. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Unternehmen mit Mitarbeiterbeteiligungsmodellen aber nur leicht angestiegen. Vor diesem Hintergrund sind weitere Maßnahmen nötig, um die Verbreitung zu beschleunigen. Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass die steuerliche Behandlung ein zentraler Faktor ist. Darüber hinaus müssen die generellen finanziellen und

wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unter die Lupe genommen werden. Schließlich dürfen auch strukturelle Faktoren nicht unterschätzt werden. Betriebe aus der Finanz- sowie aus der Informations- und Kommunikationsbranche beteiligen ihre Angestellten überdurchschnittlich häufig.[19] Außerdem hängt die Verbreitung von Mitarbeiterkapitalbeteiligung auch von der Betriebsgröße ab. Diese Faktoren müssen bei einer Reform in den Blick genommen werden. Klar ist aber auch, dass das Instrument als solches unbedingt zu stärken ist.

Steuersystem progressiver ausgestalten

Ein wichtiger Faktor zur Minderung von Einkommensungleichheit ist das Steuersystem. Das deutsche System reduziert durch seine progressive Gestaltung Ungleichheit. Fakt ist aber auch, dass vor allem indirekte Steuern diese Progressivität schwächen. Indirekte Steuern (z. B. Mehrwertsteuer) belasten nämlich Haushalte mit mittlerem und niedrigem Einkommen in Relation deutlich stärker als Haushalte mit hohem Einkommen.[20] Dadurch wirkt die gesamte steuerliche Belastung relativ gleichmäßig über die Einkommensgruppen hinweg. Diese Tatsache widerspricht aber dem Ziel einer progressiven Besteuerung.[21] Vor diesem Hintergrund sollten indirekte Steuern vereinheitlicht und gesenkt werden, allen voran die Mehrwertsteuer. Es besteht jedoch noch weiterer Handlungsbedarf im Steuersystem, insbesondere beim Einkommenstarif. Seit 1958 wurde dieser Tarif 24 Mal modifiziert.[22]

Trotz dieser Modifizierungen sind einige Schieflagen entstanden. So greift der Spitzensteuersatz zurzeit bei einem nominal geringeren Einkommen als 1960.[23] Heutzutage greift der Spitzensteuersatz in Deutschland für Steuerpflichtige beim 1,9 fachen des durchschnittlichen Bruttogehalts aller Arbeitnehmer – im Jahr 1965 war der Wert beim 15-fachen.[24] Diese Zahlen

19 Vgl. Möller 2013 S. 50.
20 Vgl. Bach et al. 2016 S. 1207.
21 Vgl. Bach et al. 2016 S. 1207.
22 Vgl. Beznoska, Hentze 2017 S. 4.
23 Vgl. Beznoska, Hentze 2017 S. 4.
24 Vgl. Beznoska, Hentze 2017 S. 4.

zeigen auf, dass es einen erheblichen Bedarf beim Spitzensteuersatz gibt. Er muss später greifen, um den Einkommensrealitäten gerecht zu werden. Gleichzeitig sollte der Spitzensteuersatz prozentual deutlich erhöht werden. Sehr hohe Einkommen sollten deutlich mehr belastet werden als dies aktuell der Fall ist.

Schonung von Vermögen

Leistung muss sich nicht nur im Erwerbsleben lohnen, sondern auch am Ende der Erwerbstätigkeit auszahlen. Trotz Erwerbstätigkeit beziehen immer mehr Menschen die Grundsicherung im Alter. Beim Rentenbeginn müssen sie ihr Erspartes bis zu einem Betrag von 5.000 Euro aufbrauchen. Mit dieser Regelung kann in einigen Fällen ein erheblicher Teil der Altersvorsorge aufgezehrt. Damit die Lebensleistung besser wertgeschätzt wird, sollte das Schonvermögen deutlich angehoben werden.

Ausblick

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll in Deutschland sozialer Aufstieg wieder besser möglich werden. Das Ziel ist immer klar vor Augen: Wohlstand für alle. Dieses Ziel ist nicht aus der Zeit gefallen, sondern muss immer der politische Maßstab der Union sein. Während andere politischen Kräfte auf die reine Wirkung von Umverteilungsmaßnahmen setzen, geht es der Union um Chancengleichheit und sozialen Aufstieg. Menschen sollen hierzulande unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Hintergrund gute Startchancen für ihr Leben haben. In der Vergangenheit wurde manchmal verkannt, dass für den sozialen Aufstieg schon in der Kita der Grundstein gelegt wird. Aber auch die Schulen sind ein entscheidender Wegweiser für die perspektivische soziale Mobilität. Darüber hinaus hat dieser Beitrag einen Schwerpunkt darauf gelegt, bestehende wirtschaftliche Ungleichheiten zu minimieren, um gleichzeitig die individuelle Leistung der Menschen fair zu behandeln. Die ökonomische Fairness ist am Ende des Tages ein zentraler Gradmesser für unsere soziale Marktwirtschaft. Schließlich ist es eine zentrale Anforderung, die Altersvorsorge so zu gestalten, dass sie die Lebensleistung der Menschen ausreichend anerkennt.

Um all diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer mutigen Politik, die den Rahmenbedingungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Der technologische Wandel ist eine unverrückbare Realität, der man sich stellen muss. Die daraus resultierenden Veränderungen werden weltweit einen großen Einfluss auf die Einkommens- und Vermögensverteilung. Deutschland kann sich dieser Entwicklung und den damit verbundenen Herausforderungen stellen oder diese ignorieren. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind bestimmt nicht der Weisheit letzter Schluss. Sie sind jedoch ein deutlich Fingerzeig, dass die Union neue Wege gehen muss und mutig voran schreitet. Und genau das erwarten die Menschen von der Politik in der heutigen Zeit. Sie haben ein sehr feines Gespür für die Veränderungen und die sich verändernden Realitäten. Sie kennen die Probleme und fordern zurecht von der Politik Lösungen.

Literaturverzeichnis

Bach, Stefan; Beznoska, Martin; Steiner, Viktor, 2016: Wer trägt die Steuerlast in Deutschland? Steuerbelastung nur schwach progressiv, in: DIW Wochenbericht 2016, Nr. 51+52, S.1207-1216, Berlin.

Bach, Stefan; Grabka, Markus; Tomasch, Erik, 2015: Steuer und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung, in: DIW Wochenbericht 2015, Nr. 8, S. 147-156.

Baumgarten, Daniel; Felbermayr, Gabriel J.; Lehwald, Sybille, 2014: Wachsende Lohnungleichheit in Deutschland, in: Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Beznoska, Martin; Hentze, Tobias, 2017: Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland, in: IW-Trends, 1/2017, S. 99-116.

Buhlmann, Florian; Löffler, Max; Peichl, Andreas, 2017: Grenzbelastungen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem, Fehlanreize, Reformoptionen und ihre Wirkungen auf inklusives Wachstum, in: Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Brinkmann, Henrik; Bönke, Timm, 2017: Privates Vermögen und Vermögensförderung in Deutschland, in: Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

BMF – Bundesministerium der Finanzen, 2017, Einkommensgleichheit und soziale Mobilität, Berlin.

Grabka, Markus; Goebel, Jan; Liebig, Stefan, 2019: Wiederanstieg der Einkommensungleichheit – aber auch deutlich steigende Realeinkommen, in: DIW Wochenbericht 2019, Nr. 19, S. 344-353, Berlin.

Köcher, Renate, 2018: Generation Mitte 2018, in: Institut für Demoskopie Allensbach.

Möller, Iris, 2013: Finanzielle Mitarbeiterbeteiligung, Noch viel Platz für Ausbau, in: IAB-Forum, 1/2013, S. 48-53.

Peichl, Andreas; Pestel, Nico; Schneider, Hilmar, 2011: Mehr Ungleichheit durch kleinere Haushalte? Der Zusammenhang zwischen Veränderungen der Haushaltsstruktur und der Einkommensverteilung in Deutschland, in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jahrgang 43, Ausgabe 4, S. 327-338.

Der Autor:

Kai Whittaker ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Außerdem ist er seit 2013 ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Dort ist er Experte für die Themen Hartz IV und Arbeiten 4.0. Seit Mai diesen Jahres leitet er gemeinsam mit Barbara Klepsch den Bundesfachausschuss Soziale Sicherung und Arbeitswelt der CDU Deutschlands.

Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V.
Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Tel.: 02223 / 73 119
www.azk.de